

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstraße 14, Postscheckkonto Köln 36 531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 59

Bonn, den 26. Juli 1952

VI. Jahrg.

Europäische Planung

Eine Aufgabe und ihre Zusammenhänge

Die Pariser Konferenz der Außenminister der Schuman-Plan-Staaten hat in ihrer Kernfrage — Sitz der Schumanplanbehörde — zu keinem Ergebnis geführt, im übrigen Einzelfragen entschieden. Es scheint aber trotzdem in diesem Zeitpunkt erforderlich, noch einmal sachlich Rückschau zu halten auf die Gestaltungsmöglichkeiten, die heute in Händen der europäischen Regierungen liegen.

An eine völlig isoliert zu wählende Europäische Verfassungsgebende Versammlung haben die EVG-Staaten nicht gedacht. Der Versammlung der EVG selbst ist die Aufgabe zugewiesen, Vorschläge für eine politische Konstitution der EVG zu machen. Da bekanntlich aber die Versammlung der Montanunion mit derjenigen der EVG identisch sein soll (der Bundesrepublik, Frankreich und Italien sollen bei der EVG allerdings je drei Mitglieder mehr zugebilligt werden), sind alle Voraussetzungen bereits jetzt zur Beauftragung der Schuman-Plan-Versammlung gegeben.

Wie das „Bulletin“ der Bundesregierung schreibt, besteht im Interesse der Beschleunigung der Arbeiten der Versammlung die Notwendigkeit, die offengebliebene Frage, ob die künftige Konstitution der EVG föderalen, oder konföderalen, bundesstaatlichen oder staatenbündischen Charakter haben soll, wenn möglich zu entscheiden oder doch weitgehend zu klären. Vor allem aber fordert das Problem der mit der ersten Frage zusammenhängenden Koordination von Organisationen für Europäische Zusammenarbeit Wegweiser für seine Lösung.

An Diese Feststellung bezieht sich natürlich nicht auf die Montanunion und die noch zu schaffenden Organisationen der sechs hierin vereinigten Staaten, dagegen schon auf größere Zusammenschlüsse wie die geplante Grüne Union, den Agrar-Pool, und vor allem auf die umfassenden Organisationen der OEEC und des Europarates. Die OEEC, der Europäische Wirtschaftsrat mit seinen Institutionen, besonders der Europäischen Zahlungsunion, dürfte von der sich anbahnenden föderativen und konföderativen Unionspolitik der sechs Mächte vorläufig noch nicht erreicht werden. Dagegen ist das Verhältnis einer künftigen politischen Union der sechs Mächte zum Europarat in Straßburg von höchstem Interesse.

Es ist bekannt, daß die Beratende Versammlung des Europarats — nicht zuletzt unter Führung Spaaks — immer wieder dahin drängte, die Vereinigten Staaten Europas zu konstituieren. Im Mai dieses Jahres hat die Beratende Versammlung ihren Ständigen Ausschuss damit beauftragt, eine besondere Kommission einzusetzen mit dem Auftrag, die Voraussetzungen für die Bildung einer obersten politischen Instanz Europas zu prüfen. Diese Kom-

mission ist inzwischen, wie der Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats François de Menthon, mitgeteilt hat, gebildet worden; ihre Mitglieder: der französische Professor des Völkerrechts, Dr. Paul Reuter, sein italienischer Kollege Prof. Dr. Roberto Ago, der belgische Senator Fernand Dehousse und Prof. Dr. Ridder von der Universität Frankfurt haben mit dem 10. Juli ihre Arbeit aufgenommen. Die Verbindung dieser Studienkommission mit den Plänen des französischen Außenministers ist schon durch die Person des Präsidenten der Beratenden Versammlung François de Menthon gegeben, der als Mitglied der französischen Nationalversammlung Fraktionschef der MRP, der Partei Robert Schumans, ist.

Andererseits hat die Beratende Versammlung des Europarats auch den Plan des englischen Außenministers zur Regeneration des Europarats mit z.T. großem Beifall begrüßt. Eden hat im März d. J. in Straßburg Vorschläge gemacht, die die Bedeutung des Europarats erhöhen müßten, wenn sie angenommen werden. Sie zielen auf die Vereinigung aller Organisationen für europäische Zusammenarbeit in Straßburg und ihre Koordinierung durch

den Europarat. Dieser würde dadurch eine politische Autorität werden, ohne Exekutive zu beanspruchen, die bei den zuständigen Instanzen der einzelnen Organisationen für europäische Zusammenarbeit verbleiben würde. Den engeren Bindungen der sechs Mächte will der Edenplan dadurch Rechnung tragen, daß in der Beratenden Versammlung ein engerer und ein weiterer Kreis gebildet wird, wobei der engere die Vertretung der sechs Mächte, der weitere die ganz Europas darstellen würde.

Auf der Drei-Ministerkonferenz Ende Juni d. J. in London hat Robert Schuman seinen politischen Unionsplan mit Anthony Eden besprochen. Wie aus diplomatisch gut unterrichteter englischer Quelle bekannt geworden ist, hat Eden auch in einer Union der sechs Mächte, wie sie der EVG-Vertrag vorsieht, keine Schwierigkeiten für seine Hoffnungen auf den Europarat gefunden. Nur legt er heute noch größeres Gewicht darauf, daß Straßburg zum „Sammelbecken aller Europäischen Zusammenarbeit“ wird, um jenen Staaten, die sich den politischen und wirtschaftlichen Organisationen des engeren Kontinenten gegenüber nur assoziativ verhalten können, die Möglichkeit der Mitarbeit offen zu halten. In diesem Zusammenhang ist sogar von einer Koordinierung der Arbeiten der Versammlung der Montanunion, bzw. der EVG für einen föderalen oder konföderalen Zusammenschluß der sechs Mächte mit den Arbeiten der Beratenden Versammlung des Europarats die Rede gewesen. Die englische Hoffnung geht jedenfalls dahin, die politische Integration der sechs Mächte in den Europarat einzubauen.

Die deutsche Vertretung in Helsinki

Der Präsident des Deutschen Nationalen Olympischen Komitees, Dr. Ritter von Halt, äußerte sich in einer Stellungnahme zu den Ursachen des Scheiterns einer gesamtdeutschen Vertretung bei den Olympischen Spielen:

„Das Nationale Olympische Komitee in Deutschland ließ sich nach seiner Wiederaufnahme in den Kreis der an den Olympischen Spielen teilnehmenden Nationen stets von der Hoffnung leiten, eine gesamtdeutsche Expedition unter Einbeziehung der besten Köpfer der sowjetischen Besatzungszone nach Helsinki schicken zu können. Bis in die letzten vorolympischen Tage, ja noch vor den nationalen Meisterschaften der einzelnen Sportarten ließen das „Nationale Olympische Komitee West“ und die Fachverbände nichts unversucht, auch das Ostkomitee zur gemeinsamen Teilnahme seiner Spitzenköpfer an den Ausscheidungskämpfen zu bewegen. Es war immer unsere Absicht, jedem deutschen Sportler und jederdeutschen Sportlerin, ganz gleich in welcher Zone sie beheimatet sind, die

Chance zur Teilnahme an den Spielen in Helsinki zu bieten. Dabei ließen wir uns nur von sportlichen Gesichtspunkten leiten.

Auch der Präsident des finnischen Olympischen Komitees, Baron Erik von Frenkell, Organisator der Spiele von Helsinki, unterstützte uns immer wieder in diesem Vorhaben; denn wir wollten ja nur den Bestimmungen des Internationalen Olympischen Komitees gerecht werden, das nur die Teilnahme einer Nation unter einem einzigen nationalen Komitee vorsieht. Wenn auch nach den Resultaten der Wettbewerbe in der Ostzone wohl nur wenige Sportler für die Gesamtdeutsche Vertretung nach dem Leistungsmaßstab in Frage gekommen wären, so wäre uns auch um dieser wenigen willen eine gemeinsame Expedition aus sportlichen Motiven erwünscht gewesen. Die ständigen Einwände und Oppositionsgründe, die von den offiziellen Vertretern des Ostzonen-Sports forciert wurden, vereitelten unsere Absicht. Es ist zum erstenmal in der Geschichte der modernen Olympischen Spiele, daß nicht alle im deutschen Raum lebenden Spitzenköpfer für die Expedition erfaßt werden konnten.

Peinliche Entgleisung

Die SPD hat in letzter Zeit eine Anzahl politischer und parlamentarischer Niederlagen hinnehmen müssen, die sie der Verfehltheit ihrer Grundkonzeption und der Erfolglosigkeit ihrer Methodik zu verdanken hat. Es ist in gewisser Weise verständlich, daß die für diese Politik Verantwortlichen sich bemühen, irgendwo „Schuldige“ festzustellen. Daß der Bundestagsabgeordnete Wilhelm Mellies sich in dieser Hinsicht ausgerechnet auch die Persönlichkeit des im Parlament ohne Unterschied der Parteien und ebenso draußen im Lande hochgeachteten Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers als Objekt dieses Abreagierens von politischem Ärger aussucht, wird in parlamentarischen Kreisen allgemein als peinliche Entgleisung empfunden.

Mellies wirft in einem „Niedergang des Parlaments“ betitelten Aufsatz des „Sozialdemokratischen Pressedienst“ zunächst der Parlamentsmehrheit vor, sie fühle sich nur als verlängerten Arm der Bundesregierung. Gerade die SPD hat immer wieder durchaus kritische und selbständige Äußerungen gegenüber der Regierungspolitik aus den Reihen der Koalitionsparteien zitiert. Bei der Abstimmung über das Betriebsverfassungsgesetz haben sich eine Anzahl von CDU-Abgeordneten der Stimme enthalten. Die Regierungsvorlagen werden in den Ausschüssen keineswegs nur von den Vertretern der Opposition sondern auch von den Koalitionsparteien oft stark verändert. Die Partei, in der die Disziplin von der obersten Führungsstelle her sich restlos bis zum letzten Mann durchsetzt, ist gerade die SPD!

Wenn der Abgeordnete Mellies dann ausgerechnet den Ablauf der Obstruktionsdebatte in der letzten Parlamentswoche über das Betriebsverfassungsgesetz als Verhinderung „echter politischer Auseinandersetzung“ bezeichnet, und sich darüber beklagt, daß die Koalitionsvertreter auf die stundenlange Argumentierung der zahllosen Zusatz- und Abänderungsanträge der SPD nicht eingegangen seien, so ist das am wenigsten beweiskräftig. Denn hier wurde „echte politische Auseinandersetzung“, wie sie sich z. B. bei der Generaldebatte, dritte Lesung, zum gleichen Thema ergab, durch die Methoden der SPD zur Farce gemacht. Die Argumentation der Opposition war ja in den Ausschüssen mehrere Jahre eingehend behandelt worden. Die Absicht einer Verschleppungs- und Verzögerungstaktik war gerade hier offensichtlich.

Die Kritik am Bundestagspräsidenten vollends stellt sich bei genauer Überprüfung der Vorgänge, abgesehen von der Pöbelhaftigkeit ihres Tons, als leichtfertig und unhaltbar heraus. Mellies behauptet, infolge einer „außergewöhnlich straffen Handhabung der Geschäftsordnung bei den Darlegungen der Regierungssprecher“ habe das Parlament sich wie eine Schulklasse benehmen müssen, die mit gefalteten Händen zuhört. Von dieser Straffheit sei nichts mehr zu spüren gewesen, als die Vertreter der SPD-Opposition das Wort hatten. Das Protokoll der 221. und 222. Sitzung, auf die Mellies sich bezieht, stellt nun während der Rede des Bundeskanzlers 146 protokollierte kommunistische Zwischenrufe fest! Daß von kommunistischer Seite mit dem Blick auf das Rundfunk-Mikrofon bei Kanzlerreden bewußte Störungsabsicht vorliegt, ist jedem bekannt. Die möglichst weitgehende Ver-

hinderung dieser Absicht durch den Präsidenten war seine Pflicht und entsprach den Auffassungen der ganz überwiegenden Mehrheit des Hauses von Würde und Ordnung. Im Geschäftsführungsausschuß ist gerade durch den früheren Reichstagspräsidenten Paul Löbe (SPD) die allseitig gebilligte Forderung erhoben, Zwischenrufe, soweit sie bewußter Störungsfaktor sind, auszuschalten. Herr Mellies dagegen tritt hier gegen den Bundespräsidenten als Beschützer der kommunistischen Krakeeler auf!

Das Protokoll erweist ferner, daß bei den Reden der sozialdemokratischen Hauptsprecher Schmid, Schoettle und Wehner auf dem Präsidentenstuhl Dr. Schäfer (FDP) und Dr. Schmid (SPD) saßen. Bei der Rede von Erler (SPD) präsidierte Dr. Ehlers. Hier gab es aber keine Zwischenfälle.

Ähnlich abwegig sind die Vorwürfe, Dr. Ehlers habe eine parteiiche Haltung bei der zweiten Lesung des Betriebsverfassungs-

Föderalismus und Bundesinteresse

In der Frage des Bundesanteils an der Einkommens- und Körperschaftssteuer hat der Bundesrat durch Annahme des Vorschlages des Vermittlungsausschusses erneut den Beweis geliefert, daß auf dem Wege gegenseitiger Verständigung die Interessen sowohl des Bundes wie auch der Länder am besten gewahrt werden können. In dieses Kompromiß konnten einige wertvolle Sicherungen für die Finanzpolitik der Länder eingebaut werden.

Nicht alle Länderregierungen haben diesen Standpunkt der ausgleichenden Vernunft und der Anerkennung der Pflichten eingenommen, die das Grundgesetz den Ländern auferlegt. Gerade die SPD-Länder taten sich durch eine pseudo-föderalistische Haltung hervor. Es war ebenso kurzsichtig wie einseitig, wenn z. B. Hamburg im Bundesrat dafür eintrat, die Zahlungen an den Bund zunächst überhaupt einzustellen, bis das neue Gesetz für das Jahr 1952 zustande gekommen sei. Formell hätte diese Möglichkeit bestanden, weil das Gesetz über die Zahlung der 27% mit dem 1. April

Abtrennung im Fernsehen

Wie berichtet wird, soll Saarbrücken einen Fernsehsender erhalten, der nach französischem System, d. h. mit 819 Zeilen, arbeitet. Mit diesem System stehen die Franzosen in Europa allein. Deutschland arbeitet mit 625 Zeilen.

Durch diese Maßnahme wird der Bevölkerung an der Saar die Verbindung auf dem Fernsehgebiet mit Deutschland abgeschnitten. Die Rundfunkzeitschrift „Hör zu“ bemerkt dazu: „Bei Lichte betrachtet offenbart sich in diesen Maßnahmen die Absicht, das Saarland auf dem Wege des Fernsehens seiner Verbindung mit der deutschen Kultur zu berauben. Das sind Mißtöne in einem Augenblick, in dem alle Europäer das Gemeinsame, nicht aber das Trennende betonen sollten.“ Da eine Umstellung in kürzerer Frist schwer möglich ist, würde auf diesem Wege die Verbindung mit Deutschland auf längere Zeit abgeschnitten werden.

gesetzes gezeigt. Gewiß hatte Dr. Ehlers, als die Obstruktionsstaktik der SPD offensichtlich wurde, Pressevertreter auf Anfrage erklärt: „Ich bin bereit, die ganze Nacht durchzutagen.“ Diese Feststellung war sein gutes Recht, ebenso der Hinweis auf die etwa nötige Absage des Abschiedsempfanges für McCloy. Über eine Sitzung des Ältestenrates am Schluß der nächtlichen Plenarsitzung konnte Dr. Ehlers einfach deshalb nichts bekanntgeben, weil das Ende der Sitzung nicht abzusehen war. Tatsächlich hat die Sitzung erst 23.18 Uhr ihr Ende gefunden.

Die Würde des Parlaments, für deren Aufrechterhaltung sich kein anderer so nachdrücklich und wirksam einsetzt wie der Bundestagspräsident, wird durch derartige sachlich unmotivierte Angriffe, wie die des Abg. Mellies, nicht gestärkt. Es hat den Anschein, als ob die kommenden Wahlen bereits mit Methoden persönlichen Herabwürdigung und Vergiftung der politischen Atmosphäre ihre Schatten vorauswerfen. Auch andere Anzeichen deuten darauf hin.

abgelaufen war. Aber ist er mit der Verantwortung, die auch die Länderregierungen gegenüber dem Bunde haben, überhaupt vereinbar, auch nur mit dem Gedanken zu spielen, dem Bunde ruhig einmal einen sehr wesentlichen Teil seiner Einnahmen zu sperren, und damit seine Tätigkeit zu lähmen, nur weil die terminliche Begrenzung der Geltungsdauer eines Gesetzes zufällig einmal eine Handhabe dazu geboten hätte? Der parteipolitische Pferdefuß dieses Vorschlages, mit welchem dem Bunde ein schmerzhafter Tritt versetzt werden sollte, schaut unter dem Mantel eines angeblichen „Föderalismus“ um so deutlicher hervor, als der ganze Vorschlag von einer Regierung kam, deren Parteifreunde genau das Gegenteil des föderalistischen Prinzips vertreten.

Der Bundesrat hat mit der Zustimmung zu dem Vorschlage des Vermittlungsausschusses bewiesen, daß er seine Stellung und seine Aufgabe als echtes Bundesorgan richtig auffaßt. Er ist nicht, wie in der Öffentlichkeit vielfach irrtümlich angenommen wird, der föderalistische Gegenspieler einer mehr oder minder zentralistischen Bundesregierung. Er ist nicht dazu berufen, die Interessen der Länder in einem mehr oder minder schroffen Gegensatz zur Bundesregierung und zum Bundestag zu verteidigen, sondern nach Artikel 50 des Grundgesetzes ist er (woraan man nicht oft genug erinnern kann) das Organ, durch das die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mitwirken. Hier liegt der tiefere Sinn des Wortes, das Ministerpräsident Altmeier kürzlich im Landtag in Mainz gebrauchte, als er sagte, er würde auch als Föderalist nie die Interessen des Bundes den Interessen eines Landes unterordnen.

Bei der Zustimmung des Bundesrates zu dem Vermittlungsvorschlag hat man es mit einer Erfüllung der durch das Grundgesetz auferlegten Verpflichtungen in einem echt föderalistischen Sinne zu tun. Die Verbesserungen, die die Länder dabei erlangt haben, sind ein neuer Beweis dafür, daß man auf dem Wege der Verständigung weiter kommt als durch scharfe Schüsse, mit denen im Grunden doch ein ganz anderer Gegner getroffen werden soll, als der, auf den scheinbar gezielt wird.

C d Ausschüsse

Bundeskulturausschuß der CDU tagte in Hamburg

Der Bundeskulturausschuß der CDU trat unter Vorsitz von Prof. Stier in Hamburg zu einer zweitägigen Sitzung zusammen. Gegenstand der Beratungen war die kulturpolitische Lage in den Ländern, insbesondere den Grenzgebieten der Bundesrepublik, die Auswirkungen des Gesetzes zu Art. 131 auf die Schulreform, die Lage der Lehrkräfte, die aus der SBZ in die Bundesrepublik flüchten müssen und eine eingehende Stellungnahme zur Situation im Film.

Der Bundeskulturausschuß ist der Auffassung, daß es nicht vertretbar ist, die Schwierigkeiten, die sich in den Grenzgebieten ergeben, allein den in Betracht kommenden Ländern zu überlassen, sondern daß hier die Initiative auf Bundesebene notwendig ist. Mit Bedauern nahm der Bundeskulturausschuß davon Kenntnis, daß durch den Terror der russisch besetzten Zone immer wieder auch Lehrkräfte gezwungen sind, wegen der drohenden Gefahr für Leib und Leben nach dem Westen zu fliehen. Er fordert für diese besonderen Schutz.

Der Bundeskulturausschuß begrüßt die Pläne der sogenannten kleinen Reform der Lehrergehälter, und bittet die Bundespartei, dafür zu sorgen, daß die dringendsten Maßnahmen sofort durchgeführt werden. Er empfiehlt, die große Reform der Lehrergehälter nicht bis nach der Neuwahl des Bundestages zu verschieben. An die Fraktion der CDU/CSU im Bundestag wurde weiter die Bitte gerichtet, die Initiative dazu zu ergreifen, die Auswirkungen des Gesetzes zu Artikel 131 GG auf das Schulwesen einer Prüfung zu unterziehen und Abänderungsvorschläge einzureichen. Um besondere Aufmerksamkeit bittet der Bundeskulturausschuß bei der Behandlung der Situation im Film. Er lenkt in einer Entschliebung die Aufmerksamkeit der Partei auf den besorgniserregenden Stand des deutschen Filmwesens, vor allem der Filmwirtschaft, und bittet, auf allen nur möglichen Wegen behilflich zu sein. (Die einzelnen Entschliebungen veröffentlichten wir in unserer nächsten Ausgabe.) 26. Juli 1952

Verteidigungsausschuß des Bundestages gegründet

Der vom Bundestag beschlossene Ausschuß zur Mitberatung des Vertrages über die europäische Verteidigungsgemeinschaft und der damit zusammenhängenden Abmachungen hat sich vor den Parlamentsferien konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Franz Josef Strauß (CDU/CSU), zum stellvertretenden Vorsitzenden Fritz Erler (SPD) gewählt.

Dem Ausschuß gehören je acht Vertreter der CDU/CSU und der SPD, drei der FDP und je einer der DP/DPB und FU an. Von der CDU/CSU sind es neben Strauß, Paul Bausch, Heinrich Gerns, Martin Heix, Dr. Richard Jaeger, Paul Lücke, Ernst Majonica, Frau Dr. Maria Probst. Von der SPD neben Erler, Helmut Bazille, Alfred Gleisner, Dr. Heinrich Otto Greve, Willi Mellies, Dr. Walter Menzel, Professor Dr. Carlo Schmid, Herbert Wehner. Von der FDP August Martin Euler, Erich Mende, Artur Stegner, von der DP/DPB Dr. Hans Mühlfeld, von der FU Dr. Anton Besold. 26. Juli 1952

A IV 6 i Gewerkschaften

DGB will Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes anstreben

Der Bundesvorstand des DGB kündigte in einer Proklamation an, daß die Gewerkschaften mit allen demokratischen Mitteln eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes anstreben werden. In der Proklamation heißt es, die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes im Bundestag habe eindeutig bewiesen, daß von der jetzigen Mehrheit im Bundestag eine Gesetzgebung, wie sie zur demokratischen Neuordnung in Wirtschaft und Staat notwendig sei, nicht erwartet werden könne. Die Gewerkschaften würden sich das Gesetz des Handelns jedoch nicht von ihren Gegnern vorschreiben lassen und mit allen demokratischen Mitteln eine Änderung des Gesetzes anstreben. Sie würden dabei um Rechte kämpfen, die ihnen genommen oder vorenthalten wurden. Das Handeln des DGB werde aber immer bestimmt sein von der großen Verantwortung gegenüber den DGB-Mitgliedern und dem deutschen Volk. 26. Juli 1952

A IV 6 i Gewerkschaften

Kritik an der Praxis des DGB

Das Organ der Katholischen Arbeiterbewegung „Ketteler-Wacht“ wandte sich dagegen, daß mehrere Aufsichtsratsposten an einzelne hohe Gewerkschaftsfunktionäre übertragen werden. Der DGB müsse bei fünfeinhalb Millionen Mitgliedern und einigen tausend Funktionären genügend sachkundige und tüchtige Leute haben, um zu vermeiden, daß einer mehr als einem Aufsichtsrat angehöre. Es müsse weiter vermieden werden, daß Aufsichtsratsmitglieder die halbe Zeit entschuldigt oder unentschuldigt fehlten und wegen Überlastung nur ab und zu an einer Sitzung teilnehmen könnten. Das liege nicht im Sinne der Mitbestimmung, die eine Mitverantwortung voraussetze.

Das Blatt kritisiert ferner, daß bei der Auswahl der Aufsichtsratsmitglieder durch den DGB „keinesfalls allein fachliches Können und charakterliche Eignung“ entschieden hätten. Für die Posten der Unparteiischen hätten die Gewerkschaften vielfach Männer vorgeschlagen, die niemals Gewerkschaftsmitglieder gewesen seien, aber fast ausschließlich der SPD angehörten oder ihr naheständen. Die Katholische Arbeiterbewegung sei nicht bereit, auf diesem Wege der SPD zu wirtschaftlichem Machteinfluß zu verhelfen. 26. Juli 1952

A IV 6 i Gewerkschaften

DAG bei Kardinal Frings

S. E. Kardinal Frings empfing eine Abordnung des Hauptvorstandes der Deutschen Angestelltengewerkschaft. Gegenstand der Aussprache waren soziale Fragen, die für beide Gesprächspartner von Interesse sind. Für die DAG nahmen an der Unterredung der 1. Vorsitzende Fritz Rettig und die Mitglieder des Hauptvorstandes Georg Schneider, Rolf Spaethen, Hanna Gerig und P. L. Haas teil. 26. Juli 1952

A III 2 Außerparlamentarische Parteien und Gruppen

Katholische Männer bekennen sich zum heutigen Staat

Der Vertreter der Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, die zu einer staatspolitischen Tagung in Bamberg zusammengetreten waren, haben in einem einmütigen Beschluß „die von den verantwortlichen Staatsmännern der Bundesrepublik gelegten Fundamente des Wiederaufbaues dankbar anerkannt“. Sie wenden sich entschieden gegen alle böswilligen Versuche, die erzielten Fortschritte zu verkleinern und ins Gegenteil umzufältschen. Die Bonner Verträge werden als ermutigende Schritte zu einer neuen Ordnung unter den freien Völkern Europas bezeichnet. Sie bieten, so heißt es in der Resolution, „eine reale Bürgschaft für die Rückkehr der von uns getrennten Brüder in ein freies und geeinigtes Deutschland“. Die Neutralisierung der Bundesrepublik wird abgelehnt.

„Wir wollen“, so heißt es in dem Beschluß, „unseren Staat in Freiheit, in Recht und Würde und nicht als zentrale Versorgungsanstalt für entmündigte Staatsbürger. Unser Streben geht auf eine echte soziale Ordnung hin, die die private Initiative nicht aufhebt und deren Steuerpolitik die Frucht der Arbeit des kleinen Mannes nicht beeinträchtigt. Dort aber, wo wirkliche Notwendigkeit besteht, kann und muß der Staat tatkräftig eingreifen. Wir wenden uns gegen den Versuch der Entmachtung des Staates durch politisierende Interessengruppen. Ebenso verwerfen wir die grundsätzliche Verächtlichmachung der politischen Organe der Bundesrepublik.“

„Angesichts der Vermassung der Gesellschaft und der Entpersönlichung des Staates“ wird besonders an die christlichen Politiker appelliert, in den Mittelpunkt ihrer Arbeit die Wiederherstellung einer natürlichen Autoritäten in die Wege zu leiten, die in der echten Familie grundgelegt seien, damit Staat und Gesellschaft dem wahren Ordnungsbild des Menschen entsprechen. Die notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Ziele sei das geschlossene Zusammenwirken aller christlichen Kräfte im politischen Kampffeld. 26. Juli 1952

A IV 6 i Gewerkschaften

Sabel warnt den DGB

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Sabel wandte sich gegen die Ankündigung der Gewerkschaften, auf das vom Bundestag verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz bei den Bundestagswahlen im nächsten Jahr zu reagieren. Wenn der Gewerkschaftsbund beabsichtige, die nächste Bundestagswahl zu einem Kampf gegen den Bundeskanzler zu machen, so glaube er, daß der DGB damit die Gewerkschaftseinheit zu Grabe tragen würde.

26. Juli 1952

A IV 6 k Arbeitgebervereinigungen

Industrieinstitut: Betriebsverfassungsgesetz ein Kompromiß

Das Deutsche Industrieinstitut in Köln bezeichnete das Betriebsverfassungsgesetz als einen auf der politischen Ebene erreichten Kompromiß, der weder im Grundsätzlichen, noch in seinen Einzelbestimmungen den Wünschen der Unternehmerschaft nach einer sozialen Neuordnung entspreche. Die Unternehmer hätten eine unmittelbare Verständigung zwischen den Sozialpartnern vorgezogen und blickten voll Sorge auf die Fülle von Bestimmungen, die auf Grund verschiedener Auslegung zu neuen Streitigkeiten und Mißverständnissen Anlaß geben könnten. Sie beugten sich jedoch der parlamentarischen Entscheidung der Überzeugung, daß die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft auf verstärkte Mitbestimmung im Betrieb und zugleich ihre Pflichten zu erhöhter Mitverantwortung rechtlich verankert werden müßten.

26. Juli 1952

A II d Politische Persönlichkeiten

Dr. Wohleb Gesandter in Lissabon

Die portugiesische Regierung hat für den bisherigen südbadischen Staatspräsidenten Wohleb das Agrement als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der Bundesrepublik in Lissabon erteilt. Wohleb, 1888 in Freiburg i. Br. geboren, ist von Haus aus Philologe und war von 1912 bis 1945 im Schuldienst tätig, zuletzt als Direktor eines Gymnasiums in Baden-Baden. Nach dem Krieg wurde Wohleb zunächst Staatssekretär für Kultus, Erziehung und Unterricht, danach „Staatspräsident“ in Südbaden.

26. Juli 1952

A IV 1 e Kirchen

Papst fordert gerechte Verteilung des Reichtums

Eine gerechtere Verteilung des Reichtums in der Welt fordert Papst Pius XII. in einem Brief zur Eröffnung der „Sozialen Wochen“ der französischen Katholiken in Dijon. Das Thema der sozialen Tagung, die seit 1904 regelmäßig abgehalten wird, lautet in diesem Jahr „Reichtum und Armut“.

Die Arbeiter sollen eine „angemessene Beteiligung an der Verantwortlichkeit für das Volksvermögen“ erhalten, schreibt der Papst und betont die Notwendigkeit des Privatbesitzes auch für die schlecht bezahlten Klassen der menschlichen Gesellschaft. Er beklagt das „unerträgliche Anwachsen der Luxusausgaben für überflüssige und sinnlose Zwecke, das im krassen Gegensatz steht zu der Armut eines Großteils der Menschen im Stadt- und Landproletariat, aber auch in der Masse der wirtschaftlich schwachen, kleinen Leute“. Da „alle vom gleichen Tisch essen“, sei es eine gerechte Forderung, daß bei Beachtung der Funktionen und der Verantwortlichkeit des einzelnen jeder einen Anteil erhalte, der seiner Menschenwürde entspricht. Dieser Anteil müsse einer größeren Anzahl von Menschen ermöglichen, die Unabhängigkeit und Sicherheit des Privatbesitzes zu erreichen, damit sie und ihre Familien an den Gütern des Geistes und der Kultur teilnehmen können. Der Papst gibt die Pflicht der „öffentlichen Gewalt“ zu, die Wirtschaftspolitik zu koordinieren. Sie dürften jedoch ihre „bedrückende Allmacht nicht an die Stelle der gerechtfertigten Autonomie der Privatinitiative setzen.“ Die staatlichen und halbamtlichen Behörden sollten sich besonders der Schwachen und Hilflosen annehmen. Der Papst warnt aber vor der Gefahr, daß die staatlichen Behörden „unerträgliche Steuern auferlegen“, die das Recht des Privateigentums schmälern oder zu einer Lage führen, in der „kollektive Sicherheit die Sicherheit der Person oder der Familie schädigt“.

26. Juli 1952

A II d Politische Persönlichkeiten

Dr. Gereke ersucht um Aufenthaltsgenehmigung in der Ostzone

Der Sowjetzonen-Nachrichtendienst ADN meldete am Mittwoch, der frühere niedersächsische Minister Dr. Günther Gereke habe die Pankower Behörden am Dienstag um Asyl in der Ostzone gebeten. „Diesem Ersuchen wurde stattgegeben“, berichtet ADN. Dr. Gereke hatte sich bis vor kurzem in einem Westberliner Krankenhaus behandeln lassen.

Dr. Gereke, ehemaliger Innenminister, späterer Ernährungsminister von Niedersachsen und jetziger Vorsitzender der „Deutschen Sozialen Partei“, war im Jahre 1950 aus der CDU ausgeschlossen worden, da er auf eigene Faust Verhandlungen mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetzone, Walter Ulbricht, geführt hatte. Damals verlangte die Bundesregierung seine Entlassung als Minister. Gereke schied jedoch freiwillig aus dem Regierungsdienst aus. Nach seinem Übertritt zum BHE war er aus dieser Partei gleichfalls wieder ausgeschlossen worden; darauf gründete er die „Deutsche Soziale Partei“. Diese hat jedoch bei den vorjährigen Landtagswahlen in Niedersachsen eine solche Niederlage erlitten, daß Gereke als einziger seiner Partei in den Landtag zog. Er legte vor einiger Zeit sein Mandat nieder.

26. Juli 1952

A IV 1 c Kirchen

Kirchen protestieren gegen weitere Knebelung

Die Landesregierungen von Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg haben in gleichlautenden Schreiben den evangelischen Konsistorien in Magdeburg und Berlin mitgeteilt, daß ein Anteil an den Staatszuschüssen für die betreffenden Gliedkirchen in Höhe von insgesamt etwa 1,4 Millionen DM in monatlichen Raten einbehalten wird, „weil die begründete Vermutung besteht, daß aus diesen Staatszuschüssen Umlagen an die Altpreußische Union abgeführt werden, die seitens der Regierung der DDR nicht anerkannt wird.“ Die betroffenen kirchlichen Stellen haben die Landesregierungen ersucht, diese Maßnahmen mit größter Beschleunigung rückgängig zu machen. Sie weisen darauf hin, daß die Staatsleistungen an die Kirchen auf Gesetzen und Verträgen beruhen und durch die Verfassung der DDR garantiert sind. Die Gründe für die Einbehaltung der Staatsleistungen seien nicht zutreffend, da aus den Staatszuschüssen keine Beträge an die Altpreußische Union abgeführt werden. Vielmehr fänden die Staatszuschüsse volle Verwendung für die Aufgaben der Gliedkirchen, für deren Finanzierung sie bestimmt sind.

26. Juli 1952

Hessen-Nassauische Kirchenleitung gegen Sonntags-Gesetz

Die Leitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat in einem Schreiben an die Abgeordneten des hessischen Landtages ihre Bedenken gegen die derzeitige Fassung des Sonn- und Feiertagesgesetzes zum Ausdruck gebracht. Da das Gesetz in der vorliegenden Fassung nicht geeignet erscheine, den bestehenden Übelständen abzuwehren, werde sich die Kirchenleitung nicht damit abfinden, wenn das Gesetz demnächst ohne weitere Abänderung in dritter Lesung angenommen werden sollte. Es wird vielmehr angeregt, die Vorlage an den Hauptausschuß zurückzuverweisen, damit in erneuten Verhandlungen mit den Beteiligten das neu gewonnene Material berücksichtigt und ausgewertet werden kann. In dem Schreiben wird die Zuversicht ausgesprochen, daß auch unter Wahrung der berechtigten Anliegen des Sportes eine friedliche Lösung des Problems im Interesse der gesamten Bevölkerung gefunden werden kann.

26. Juli 1952

C e Junge Union

Junge Union Rheinland stellt Forderungen an CDU-Kandidaten

Am 19. und 20. Juli fand im Düsseldorfer Ständehaus die Landestagung der Jungen Union des Rheinlandes statt. Im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeindevahlen befaßte sich die Tagung vor allem mit kommunalpolitischen Fragen. CDU-Landtagsabgeordneter Kühltau (Oberhausen) referierte über das Ende Juli zur Verabschiedung gelangende Gesetz über das Gemeindeverfassungsrecht. Landesvorsitzender Dr. Bert Even (Düsseldorf) verkündete 7 Grundforderungen, die bei den Kommunalwahlen im Rheinland als Forderung der Jungen Union an die aufzustellenden CDU-Kandidaten gestellt werden müssen.

26. Juli 1952

Die Überwindung des Nationalismus

Dr. Adenauer für ein christliches Europa

Vor katholischen Arbeitern in Bamberg sprach der Bundeskanzler unter begeisterter Zustimmung von den in Deutschland und Frankreich schon recht weit gediehenen Plänen für ein europäisches Parlament. Mit dem Schumanplan und der europäischen Verteidigungsgemeinschaft sind von den europäischen Politikern zwei gute Grundlagen für die Vereinigung Europas gelegt worden.

Es ist kein Zufall, daß der Bundeskanzler immer dann den größten Beifall findet, wenn er vor Arbeitern redet. Seine klare phrasenlose, einfache Sprache wird von diesen Menschen verstanden. Sie sticht wohlthuend ab von dem Wust von Schlagworten, mit denen nicht nur östliche Agitatoren ihre papiernen und künstlichen politischen Konstruktionen an den Mann zu bringen suchen. Dr. Adenauers Politik versteht auch der einfache Mann, weil sie nach einfachen, unkomplizierten Grundsätzen betrieben wird, die dem wirklichen Leben, nicht dem Nebel unklarer Theorien entnommen sind.

Aus der Bamberger Rede des Bundeskanzlers geben wir folgende Gedanken danken wieder:

Wenn der Staat sich auf Gott gründet, und die Geschichte der letzten 150 Jahre zeigt uns in voller, ja in erschreckender Klarheit, daß dem so sein muß, wenn nicht erschütternde Katastrophen hereinbrechen sollen, dann muß jeder der innerhalb der staatlichen Ordnung Verantwortung trägt, sich immer dessen bewußt sein, daß er diese Verantwortung vor seinem Gewissen und vor Gott auch wirklich trägt.

Die Loslösung des Staatsbegriffes von der göttlichen Ordnung fand in der französischen Revolution ihre stärkste Ausprägung. Die französische Revolution gebard den Nationalismus, der das vorige Jahrhundert immer stärker beherrschte. Der Nationalismus brachte das erste große Unheil über fast die gesamte Menschheit in den napoleonischen Kriegen. Eine zweite Orgie feierte der Nationalismus in Deutschland im Nationalsozialismus. Er brachte Blut und Tränen, Zerstörung und Verderben in unendlichem Ausmaß. Ein dritter Höhepunkt nationalistischen Denkens ist Sowjetrußland, das ebenfalls unendliches Leid schon über die Menschheit gebracht und noch viel größeres Unheil über die Menschen bringen wird, wenn es nicht gelingt, ihm einen starken Damm entgegenzusetzen.

Wenn wir das Christentum in Europa schützen und retten wollen, müssen wir

Briefe aus der Sowjetzone

Wir veröffentlichen erneut zwei Beispiele aus der Fülle der Briefe, die der Bundeskanzler aus der sowjetisch besetzten Zone erhält.

„Hochgeehrter Herr Bundeskanzler!

Gestern wurde in der Debatte im Bundestag „das Schlagwort“ behandelt: „Ist das Leben auch verteidigungswert?“ Ich hörte bereits vor einigen Wochen ein Mitglied des BHE vor dem RIAS sagen, daß seine Partei ihre Haltung von dieser Frage abhängig machen werde. Ich war über solche kleinliche Äußerung auf das Tiefste empört. Die Frage, ob das Leben drüben verteidigungswert ist, ist für uns ohne Wert. Wir ersehen daraus, daß es denen, die solche Frage stellen, am Verständnis für unsere Lage mangelt. Wir denken anders: weil unser Dasein hier nicht mehr lebenswert ist, wünschen wir eine starke westliche

einen Damm errichten. Dieser Aufgabe soll dienen der Deutschlandvertrag, soll dienen der Vertrag über Europäische Verteidigungsgemeinschaft, soll dienen das enge Einverständnis, das wir nunmehr geschlossen haben mit den Vereinigten Staaten, mit Großbritannien und mit all den Staaten, die dem Nordatlantikpakt angehören. Diese große Organisation der Selbstverteidigung, eine Organisation, wie sie die Geschichte noch nicht gesehen hat, verfolgt keine aggressiven Absichten. Aber sie will sich stark machen, um jede Aggression vom Osten zu vernichten und ihr keine Aussicht auf irgendeinen Erfolg zu gewähren.

Die Europäische Gemeinschaft, die wir erstreben, wird nicht lediglich hergestellt durch gemeinsame Bewirtschaftung von Kohle und Eisen, wird nicht allein hergestellt dadurch, daß eine gemeinsame Wehrmacht aufgestellt wird; und deswegen muß sobald und so schnell wie irgend möglich, über das Ganze eine politische Organisation, eine europäische politische Organisation und ein europäisches Parlament gestellt werden.

Ich bedauere es tief, daß noch nicht alle Deutschen erkennen, worum es letzten Endes geht, und daß man gegenüber dem Verderben, das auf der einen Seite auf uns lauert, und gegenüber dem großen Ziele, das auf der anderen Seite vor uns steht, nicht endlich einmal aufhört mit fruchtloser Negation. Wer das nicht über sich bringt und wer die Partei über das Vaterland und über das Volk stellt, der versteht in Wahrheit nicht die Zeichen dieser Zeit.

Wir müssen uns klarmachen, wie wir stehen; wir müssen uns klar werden über das Ziel, was wir erreichen wollen, und da müssen wir im Vertrauen auf Gott unser Herz in die Hand nehmen und müssen die nötigen Schritte tun. Jeder von uns und namentlich jeder von uns katholischen Christen ist verpflichtet, mitzutun und mitzuhandeln, denn, glauben Sie: Es geht darum, ob Europa christlich bleibt oder ob Europa heidnisch wird.

Verteidigungsgemeinschaft, an der wir in unserer Not einen Rückhalt finden können und in der wir die Möglichkeit unserer Rettung erkennen. — Die Haltung der Opposition wird hier nur von den Sowjets und ihren Parteigängern begrüßt. Das Volk, vom einfachen Arbeiter an, lehnt sie ab. Wer vom Feinde gelobt wird, besorgt die Geschäfte des Gegners und fügt der deutschen Sache einen Schlag zu.

Frau Helene Wessel, Herr Dr. Heinemann, Niemöller und Wirth sowie ihre Anhänger werden täglich in den sowjetzonalen Zeitungen als Vorkämpfer für ihre Ziele bezeichnet und gefeiert. Wir verachten sie

als Schrittmacher unserer Peiniger.

Unser aller Augen dagegen blicken auf Sie, Herr Bundeskanzler und unsere Sorgen schlagen Ihnen entgegen. Wir danken Ihnen für Ihre Leistungen, die Sie in Ihrem hohen Lebensalter in zäher Beharrlichkeit für unser gemeinsames deutsches Vaterland errungen haben und wünschen, daß es Ihnen gelingen wird, das große Werk der Integration und der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit erfolgreich fortzuführen und zum glücklichen Ende zu bringen.“ (Unterschrift)

Hochverehrter Herr Bundeskanzler!

Sie haben uns Ostzonenbewohnern mit Ihrer Regierungserklärung aus der Seele gesprochen. Es ist unser heißer Wunsch, daß ein gütiges Schicksal Sie, Herr Bundeskanzler, in Gesundheit noch lange Jahre an der Regierung stehen läßt, daß Sie bald, recht bald auch unser Bundeskanzler sein möchten. Haben Sie dank für alle Arbeit alle Sorgen, die Sie für Deutschland tragen!

Meinen Namen kann ich Ihnen nicht sagen. Sie werden es verstehen. Ich spreche mit vielen Menschen unserer großen Stadt- randgemeinde und habe noch nicht einen gehört, der anders dächte wie ich. Deshalb mache ich mich zum Sprecher. Wir verstehen hier die Haltung der SPD nicht. Für uns gibt es nur eins, den Deutschlandvertrag so schnell wie möglich zu ratifizieren und weiter auf diesem Weg. Nur dies ist unsere Rettung, nur dies ist unser Trost!

Im Namen vieler Ostzonenbewohner eine deutsche Frau.“

Gewerkschaftseinheit gefährdet

Das von der Mehrheit des Bundestages angenommene Betriebsverfassungsgesetz entspricht, wie der Öffentlichkeit bekannt ist, nicht den Wünschen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das ist eine auch außerhalb der Gewerkschaften bedauerte Tatsache. Einige CDU-Abgeordnete, die zu den Gewerkschaften zählen, haben durch Stimmenthaltung ihre kritische Einstellung bekundet und niemand hat ihnen das verübelt. Es ist auch durchaus verständlich, wenn der DBG nunmehr seine Hoffnungen auf den Bundesrat setzt. Aber wenn der Vorsitzende des DGB, einer überparteilichen und neutralen Organisation von Arbeitnehmern, in seinem an sich begreiflichen Unwillen über das Ergebnis der Abstimmung und wohl auch in einem ebenso verständlichen Ärger über den Verlauf der nicht gerade zweckmäßigen Gewerkschaftsaktionen nunmehr einen Wahlkampf gegen die Politik der Bundesregierung ankündigt, so muß das bedenklich stimmen.

Was soll man vollends dazu sagen, wenn Herr Fette die Jugend, die noch nicht wählen kann, zum „Wählen“ auffordert, also zu einer nach dem Sprachgebrauch nicht gerade fairen Art unterirdischer Agitation? Überschreitet der Vorsitzende des DGB, dem man bisher seinen Willen zu kluger Sachlichkeit in der Beurteilung politischer Fragen nachsagte, hier nicht die Grenzen, die ihm und seiner Organisation durch ihre eigentliche Aufgabe und die Zusammensetzung ihrer Mitglieder gesteckt sind?

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Sabek hat sofort im Namen aller Gewerkschaftsangehöriger, die sich nicht zur SPD bekennen, seine warnende Stimme erhoben. Wenn der Gewerkschaftsbund beabsichtige,

Tagung des Deutschlandrates der Jungen Union

Am 19. und 20. August tagte auf Schloß Werneck bei Würzburg der Deutschlandrat Jungen Union. Nach Übersendung eines Beileidstelegrammes an Bundespräsident Prof. Theodor Heuss gedachte der Deutschlandrat der Opfer des 20. Juli 1944.

Der erste Arbeitstag stand im Zeichen europäischer Fragen. Bis in die Einzelheiten wurde die Internationale Woche in Villach (Österreich) vom 10.—17. August besprochen und vorbereitet. Auf dieser Woche, die junge christliche Politiker aus allen Ländern Westeuropas vereinigt, wird unter anderem ein politisches Forum von einem Vertreter Deutschlands, dem Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Ernst Majonica, geleitet werden.

Trotz gewisser Bedenken, es könnte mehr geredet als gearbeitet werden, beschloß man, an dem neu gegründeten Europäischen Jugendparlament, das im Oktober 1952 erstmals in Den Haag tagen soll, mitzuarbeiten. Man will daher mit den anderen christlich demokratischen Jugendgruppen der westeuropäischen Länder eine gemeinsame Fraktion bilden und in Villach dementsprechende Vorschläge ausarbeiten, die dem Jugendparlament in Den Haag unterbreitet werden sollen.

Auch den Ausschusssarbeiten wurde große Aufmerksamkeit geschenkt. Die bisherigen Arbeiten des Verteidigungsausschusses, über die ein Rechenschaftsbericht vorgelegt wurde, fanden allgemeine Anerkennung. Ein Wahlrechtsausschuß der Jungen Union soll noch in nächster Zeit zusammengerufen werden, um die Meinung und die Forderungen der Jungen Union zu der neu zu bildenden Wahlordnung klar zum Ausdruck zu bringen.

Nach einem umfassenden Überblick über die politische Lage durch Ernst Majonica, befaßte sich der Deutschlandrat am zweiten Tag eingehend mit Finanzfragen. Der Deutschlandrat hieß den von Bundessekretär Helmut Ziegler vorgelegten Haushaltsplan der Jungen Union Deutschlands, der größte Sparsamkeit vorsieht, gut. Der Vorstand wurde beauftragt, mit der Parteiführung über diese Fragen zu verhandeln.

Zum Bundesjugendplan äußerte der Deutschlandrat sein Mißfallen darüber, daß trotz vieler Versprechungen weder der

Gewerkschaftseinheit gefährdet

die nächste Bundestagswahl zu einem Kampf gegen den Bundeskanzler zu machen, sagte Sabel, so glaube er, daß der DGB damit die Gewerkschaft zu Grabe tragen würde. Die christlichen Arbeiter würden sich dagegen erheben, daß der DGB der verlängerte Arm der SPD werde.

Sabel hat demgegenüber einen schon im Bundestag gemachten Vorschlag aufgegriffen, nämlich das Betriebsverfassungsgesetz auf Kosten des Bundes drucken zu lassen und jedem Arbeitnehmer in die Hand zu geben. Damit könnte eine sachliche Diskussionsgrundlage geschaffen werden. In der überhitzten Luft der Agitation ist eine Stellungnahme gerade der Schichten unseres Volkes nur schwer möglich, die sich bisher in der Nachkriegszeit durch ihr Bestreben nach staatspolitischer Haltung und durch den Willen zu verantwortlicher Mitarbeit am demokratischen Aufbau ausgezeichnet haben. Wenn es etwas gibt, das die Einheit der Arbeitnehmerschaft, wie sie bisher im DGB sich verkörpert, sprengen könnte, so wäre das ein Weiterschreiten auf dem parteipolitischen Wege, auf den Christian Fette sich begeben hat.

Haushalt des Bundesjugendplanes noch der Anteil der politischen Jugendgruppen an ihm erhöht worden seien. Dadurch wären diese Verbände kaum in der Lage, den erhöhten an sie gestellten Anforderungen hinsichtlich ihrer staatsbürgerlichen Bildungsarbeit in dem wünschenswerten Maße gerecht zu werden.

Bundesbeamte in der Kommunalpolitik

Frage und Antwort

Um einer weitverbreiteten Ungewißheit über die Möglichkeiten politischer Betätigung für Beamte entgegenzutreten, hat der Bundestagsabgeordnete Dr. Wuermeling (CDU) kürzlich im Bundestag an den Bundesinnenminister folgende Frage gerichtet.

„Ist der Herr Bundesminister des Innern angesichts der von allen größeren Parteien vertretenen grundsätzlichen Auffassungen bereit, die Vorschrift der ersten Durchführungsverordnung zum Bundespersonalgesetz, nach der der Bundesbeamte in der Öffentlichkeit nicht als aktiver Anhänger einer bestimmten politischen Partei hervortreten darf, von sich aus aufzuheben oder wenigstens ihre praktische Nichtanwendung zuzusichern, soweit es sich um die politische Betätigung von Bundesbeamten auf der kommunalen Ebene handelt?“

Bundesinnenminister Dr. Lehr hat daraufhin geantwortet:

„Die Durchführungsvorschrift Nr. 1 zu § 3 des Bundespersonalgesetzes präzisiert in ihrem ersten Satz lediglich die auch ohne diese Festlegung selbstverständliche Pflicht des Bundesbeamten, auch bei seiner politischen Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung als Diener des Staates, als Diener der Gesamtheit und aus der Rücksichtnahme auf die Pflichten seines Amtes ergeben. Neben dieser an sich

Man faßte ferner den Beschluß, daß die Landesverbände alle zwei Monate dem Bundessekretariat Berichte über ihre Tätigkeit einreichen sollten. Zur Erleichterung des Wahlkampfes und — um darüber hinaus bei allen größeren Kundgebungen und Veranstaltungen die Junge Union in ganz Westdeutschland einheitlich vorstellen zu können, wurden 3 Plakate vorgelegt, die durch die Landesverbände bezogen werden können.

An die deutsche Olympiamannschaft in Helsinki wurde ein Grußtelegramm übersandt.

selbstverständlichen Verordnung erfährt daneben noch die Frage des passiven Wahlrechts ihre klare Charakterisierung, und zwar nimmt diese Bestimmung weder dem einzelnen Beamten die Wählbarkeit zu kommunalen Vertretungskörperschaften, die ihm das Verfassungs- und Wahlrecht ausdrücklich gewährt, noch nimmt sie ihm das Recht auf die Mandatsausübung als solche.

Das passive Wahlrecht von Bundesbeamten kann lediglich nach Artikel 137 des Grundgesetzes durch ein Gesetz beschränkt werden. Ein solches Gesetz ist — anders als hinsichtlich der Wählbarkeit zum ersten Bundestag — für die Wahl von Bundesbeamten in kommunale Vertretungskörperschaften nicht ergangen. Infolgedessen steht die genannte Durchführungsbestimmung des Bundespersonalgesetzes weder der Wählbarkeit noch der Mandatsausübung in diesen Körperschaften entgegen.“

Bundesabgeordneter Dr. Wuermeling hat den Bundesinnenminister weiterhin gefragt, ob diese Auskunft auch für den Fall gilt, daß Bundesbeamte für politische Parteien kandidieren.

Bundesinnenminister Dr. Lehr hat daraufhin geantwortet, daß Bundesbeamte, wenn sie das Recht haben, gewählt zu werden, es eine selbstverständliche Folgerung sei, daß sie sich in Ausübung dieses Rechts ihren Wählern stellen.

„Ein Leben von Kippen- und Bucheckernsammlern“

Die „Badischen Neuesten Nachrichten“ stellen folgende zum Nachdenken anreizende Überlegungen an über die Folgen einer etwaigen Neutralisierung der Bundesrepublik nach den Wünschen des Kreml:

„Amerika will verhindern, daß sogenannte strategische Güter in die Länder hinter dem Eisernen Vorhang kommen. Wenn aber Deutschland neutralisiert wäre, dann würde Moskau dasselbe Interesse gegenüber dem Westen zeigen, d. h. also, es würde kategorisch darauf drängen, daß Westdeutschland keinerlei irgendwie geartete strategische Güter, worunter man auch Kohle und Eisen ganz selbstverständlich verstehen muß, geschweige denn Werkzeugmaschinen oder andere Produkte unserer Industrie, an den Westen liefern dürfe. Wie könnte aber ein so hoch industrialisiertes Land, wie wir es sind, noch menschenwürdig leben, wenn große Teile seiner Industrie um der Neutralität willen die bedeutendsten Absatzmärkte, nämlich die des Westens, verlieren müßte.“

Wie es dann mit dem Bezug von unentbehrlichen Rohstoffen aus dem Westen,

man denke nur an Benzin, Metalle, Wolle und Baumwolle — für die Inganghaltung und Ausweitung unserer Industrieproduktion aussehen würde, kann sich jeder selbst ausmalen. Von Rußland wäre nichts zu er-

Das Flugblatt „Hast Du vergessen?“

das wir in Nr. 27 der Union in Deutschland angekündigt haben, ist über die Geschäftsstellen der Kreisverbände zu erhalten. Anforderungen sind dorthin zu richten.

warten. Dann bliebe für uns, um im Sinne des Ostens und Westens wirklich neutral zu sein, nur die Lösung des Morgenthau-Planes übrig, also das jämmerliche Leben von Kippen- und Bucheckernsammlern. Das wäre aber viel schlimmer als alles, was die Gegner der Verträge von Bonn und Paris mit Recht oder Unrecht zu kritisieren haben.“

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstr. 14. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102. Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn.